

Bericht aus Berlin und dem Wahlkreis Diepholz/Nienburg I



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, es war ja zu erwarten: Die Erhöhung des Bürgergeldes ab 2024 setzt falsche Signale. Laut einer Umfrage des Gebäudereinigerhandwerks haben in der Branche bereits 70 Prozent der Betriebe einen oder mehrere Fälle erlebt, in denen **Beschäftigte wegen des Bürgergelds kündigen**. Das setzt dem Arbeitsmarkt jetzt schon zu. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ wird so wirkungslos.

Nach der Einigung bei der Kindergrundsicherung geht der Zwist zwischen der grünen Familienministerin und den Liberalen in die nächste Runde: Die FDP lehnt die geplante **Senkung der Einkommensgrenze beim Elterngeld** von 300.000 auf 150.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen ab und will stattdessen die Bezugsdauer von 14 auf zwölf Monate verkürzen. So oder so würden die Kürzungen vor allem gut ausgebildete Frauen treffen, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Das widerspricht der Gleichstellung und sozialen Gerechtigkeit. Das Elterngeld, das die unionsgeführte Regierung in 2007 eingeführt hat, war bis dato eine Erfolgsstory.

Auf Druck der Union hat die Bauministerin beim **Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“** nachgebessert. Die Grenze des zu versteuernden Jahreseinkommens für eine Familie mit einem Kind wurde von 60.000 auf 90.000 Euro angehoben. Mit jedem weiteren Kind erhöht sich diese Grenze um 10.000 Euro. Da weiterhin nur Neubauten mit höchsten Energiestandards gefördert werden, ist das immer noch zu teuer für viele

junge Familien. Außerdem fehlt weiterhin eine Förderung beim Kauf von Bestandsimmobilien, die den Großteil beim Eigentumserwerb ausmachen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten versagt die Ampel komplett in der Wohnungspolitik. Die Baukosten müssen dringend runter, z.B. durch Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer und realistische Effizienzstandards. Zum Förderprogramm: [www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Wohneigentum-f%C3%BCr-Familien-\(300\)?fbclid=IwAR3fq6ZF3ZOvNk-FYtYtNewlCEbjpblii48_Obv553nmsKfUFitpsbOb8TFk](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Wohneigentum-f%C3%BCr-Familien-(300)?fbclid=IwAR3fq6ZF3ZOvNk-FYtYtNewlCEbjpblii48_Obv553nmsKfUFitpsbOb8TFk)



Bund und Länder können sich nicht einigen, wie das **Deutschlandticket weiter finanziert** wird. Bundesminister Wissing weigert sich, sich im nächsten Jahr an den Mehrkosten zu beteiligen. Das ist paradox: Einerseits lässt er sich für die Einführung des Tickets feiern, andererseits drückt er die Mehrbelastung den Ländern, Kommunen und Verkehrsverbänden auf. Ein Aus oder höherer Preis beim 49-Euro-Ticket würde leider gerade die Menschen mit kleineren Einkommen treffen, die täglich zur Arbeit pendeln und zum Klimaschutz beitragen wollen.



Neues aus Berlin

Die Ampel-Regierung will den Ländern und Kommunen mehr Handlungsfreiheit im Straßenverkehrsgesetz einräumen, besonders bei drei Kernpunkten: **Anordnung von Tempo 30 sowie Ausweitung von Bewohnerparkzonen und Sonderfahrspuren**. Allein die Verbesserung des Umwelt- oder Gesundheitsschutzes sowie die Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung soll für eine Verordnung ausreichen. Der Gesetzentwurf ist nicht so drastisch, wie wir erwartet hatten.

Überbordende Bürokratie gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir haben den Abbau mit drei Bürokratieentlastungsgesetzen in den letzten Jahren vorangetrieben. Weitere Vorschläge haben wir in einem Antrag einbracht. Dazu zählt, dass bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht in Deutschland nicht über den europäischen Standard hinaus reguliert werden darf und keine neuen bürokratischen Regelungen kommen, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand auf ihre Hauptkonkurrenten im globalen Wettbewerb aufgeholt hat.

Wir wollen die **Ausbildung der Physiotherapeuten neugestalten**, denn wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Diese Reform muss die Teilakademisierung im Blick haben, die Ausbildungswege sowohl patienten- als auch berufsgerecht ausgestalten und die Kompetenzen der Berufsbilder erweitern. Dabei sind die Möglichkeiten für blinde, hörgeschädigte oder sehbehinderte Menschen zu erhalten sowie die Schulgeldfreiheit und die Ausbildungsvergütung gemeinsam mit den Ländern zu bedenken.

In den letzten beiden Wahlperioden wurde die Basis für eine **hochschulische Pflegeausbildung** geschaffen. Dennoch beginnen bisher nur wenige Studenten ein Pflegestudium. Dabei stellt die akademische Ausbildung neben der Arbeit der rein beruflich ausgebildeten Pflegefachleute eine wichtige Ergänzung dar, die sich auch deutlich auf die Versorgungsergebnisse auswirkt. Mit

unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung deshalb auf, eine Ausbildungsvergütung für die Studierenden zu schaffen, wie sie bereits bei der beruflichen Pflegeausbildung und bei der Hebammenausbildung besteht. Ferner wollen wir die Bereitschaft in den Einrichtungen stärken, akademische Pflegekräfte auszubilden. Den Gesetzentwurf der Ampel zum selben Thema lehnen wir dagegen ab, weil er wichtige Fragen offenlässt.

Auch wenn die **Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Fluchthintergrund** Fortschritte gemacht hat, bleibt sie schwierig. Viele sind über Jahre auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Wir wollen daher das Integrationsprogramm des Bundes um einen niedrigschwelligen, verpflichtenden Ansatz zur Heranführung an den Arbeitsmarkt ergänzen. Dafür bieten sich gemeinnützige Tätigkeiten in Kommunen und sozialen Einrichtungen an. Diese sichtbare Integration in den Alltag würde nicht nur den Tätigen selbst nutzen, sondern auch die Gemeinschaft stärken.

Nachdem die Bundesregierung den „**Umweltbonus**“ für **gewerbliche E-Fahrzeuge** eingestellt hat, fordern wir eine Fortsetzung der Förderung, zumindest bis die neue Sonderabschreibung der EU kommt. Denn hiervon profitieren nicht nur Firmen, sondern auch eingetragene Vereine, Stiftungen, Unternehmen mit kommunaler Beteiligung und andere gemeinnützige Einrichtungen. Doch offensichtlich hat sich die Regierung von dem Ziel verabschiedet, 15 Millionen Elektrofahrzeuge bis 2030 auf unsere Straßen zu bringen.

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Daher hat die vorherige unionsgeführte Bundesregierung die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die international weithin für Anerkennung sorgte. Doch die Ampel zögert. Darum fordern wir: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei/-arm sein, aber nicht sofort ausschließlich „grün“; die Infrastruktur muss bundesweit aufgestellt und europäisch vernetzt werden.



Aus der Arbeitnehmergruppe



Zu Gast war in dieser Woche die Vorsitzende der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)**, Dr. Regina Görner (Mitte). Die ehemalige saarländische Gesundheitsministerin stellte den gesellschaftlichen Beitrag älterer Menschen heraus und wies auf die noch auszubauende Vernetzung kommunaler Strukturen in der Altenhilfe hin. Die Sitzung fand in Kooperation mit der **Gruppe der Frauen** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Auch auf dem Bild: die Vorsitzende Mechthild Heil mit unserem stellv. Vorsitzenden Paul Lehrieder.

In der Presse

Die **Mindestlohnkommission** darf nicht zum politischen Spielball werden. Dennoch braucht sie nach dem jüngsten, eher enttäuschenden Beschluss neue Impulse. Dazu habe ich mich im Nachrichtenportal „**The Pioneer**“ geäußert:

www.thepioneer.de/originals/hauptstadt-das-briefing/briefings/regierung-will-jobs-fuer-ukrainische-fluechtlinge?fbclid=IwAR36mtn8wXtVDg5NdsEgt4tfbeEmZlAYzFw1d3tArDSvT-quBqIkEsGdn0qk

Unser Protest hat gewirkt: Auch im Landkreis Diepholz sind die betroffenen Einrichtungen, wie das **Jobcenter** und die **Jugendwerkstätten** von Bethel im Norden, erleichtert darüber, dass Bundesminister Heil die Betreuung junger Bürgergeldempfänger nun doch in den bewährten Strukturen belassen will. Die Umschichtung im Haushalt hätte dem Minister 900 Mio. Euro eingespart,

hätte aber die jahrzehntelange Erfahrung und Vernetzung in der Arbeitsvermittlung zunichte gemacht. Mein Statement in der Kreiszeitung:

www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/jobcenter-erfolgreicher-protest-junge-arbeitslose-bleiben-beim-92572096.html?fbclid=IwAR1Z7AHclFHQW5Dka7QPdRn5XyIM6T0Vi-3-vrG_RTdd-luTcxPelGi8Cw34

Zu Gast in Berlin

Gestern waren **Bernd Fredrich** und **Jürgen Döpke**, beide stellv. Vorsitzende der CDU Schwaförden, zu Gast im Bundestag. Sie wurden von drei weiteren Bürgern aus der heimischen Region begleitet und nahmen an einer Plenarsitzung teil.

Im Wahlkreis

Die **Mehrgenerationenhäuser in Stuhr-Brinkum und Barnstorf** müssen im kommenden Jahr leider mit weniger Geld auskommen. Die Bundesregierung plant, die Fördermittel von 40.000 Euro auf 38.000 Euro zu kürzen. Auch hier wird einmal wieder am falschen Ende gespart, denn die Häuser leisten doch eine wichtige Arbeit vor Ort mit ihren vielfältigen Angeboten für Jung und Alt. Damit sie eine verlässliche Zukunftsperspektive haben, hatten wir die jährliche Förderung in 2020 extra von 30.000 auf 40.000 Euro erhöht und zugleich den Zeitraum für das anschließende Förderprogramm ab 2021 auf acht Jahre ausgedehnt. Ich werde mich in Berlin dafür einsetzen, dass die Mittel auf diesem Niveau bestehen bleiben.



Bild von einem meiner regelmäßigen Besuche in den heimischen Mehrgenerationenhäusern, hier in Brinkum u.a. mit der Leiterin Daniela Gräf (r.)

Erfreulich ist, dass das **Barnstorfer Mehrgenerationenhaus** für eine Förderung im Programm „**Digitalpakt Alter**“ ausgewählt wurde. In Kooperation mit der BAGSO fördert der Bund leicht zugängliche Angebote für Senioren im Bereich der digitalen Bildung. Nach erfolgreicher Bewerbung durch den Trägerverein IGEL sollen in Barnstorf neben der bereits eingeführten Handy-Sprechstunde insbesondere ehrenamtliche SeniorenMedienPatent ausgebildet werden. Wir haben dieses Programm, das jeden „Erfahrungsort“ mit 3.000 Euro fördert, im Mai 2021 gestartet. Weitere Ausschreibungen folgen: www.digitalpakt-alter.de

Termine und Hinweise

Donnerstag, 26. Oktober, 19.00 Uhr: Jahreshauptversammlung des CDU-Stadtverbandes Diepholz, Museumscafé am Technikmuseum

Mittwoch, 1. November, 18.00 Uhr: Mitgliederversammlung der CDU Sulingen, Brinkmanns Gasthaus, mit Vorstandswahlen und Vortrag von Generalsekretär Mohrmann zur Agrarpolitik

Samstag, 4. November, 9.30 Uhr: Veranstaltung der Frauen-Union mit Vortrag zur Stiftung Naturschutz im Landkreis Diepholz von Geschäftsführer Jan Kanzelmeier und Frühstücksbüfett, Stroh-museum, Twistringen, Anmeldung bis 1.11. bei Claudia Staiger unter 0176 47374911

Montag, 6. November, 12.00 bis 14.00 Uhr: digitales Fachgespräch „Werkstätten für behinderte Menschen: Gut aufgestellt für die Zukunft“, Anmeldung bis 2.11. unter www.cducsu.de/veranstaltungen

Dienstag, 7. November, 19.00 bis 21.00 Uhr: digitales Fachgespräch "Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom: Durch mehr Forschung zurück ins Leben!", Anmeldung bis 5.11. unter www.cducsu.de/veranstaltungen

Mittwoch, 8. November, 18.00 bis 20.00 Uhr: Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Integration als Erfolgsgeschichte: Bleibt das Tor

nach Deutschland für Aussiedler und Spätaussiedler offen?“, Anmeldung bis 2.11. unter www.cducsu.de/veranstaltungen

Montag, 13. November, 13.00 bis 14.30 Uhr: digitales Fachgespräch „Arbeitsmarkt Gastgewerbe: Eine Branche im Wandel“, Anmeldung bis 9.11. unter www.cducsu.de/veranstaltungen

Freitag, 17. November, 18.30 Uhr: Grünkohllesen der CDU Steyerberg, Hotel Süllhof

Montag, 20. November, 14.00 Uhr: Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages, Gymnasium Sulingen, läuft bis 24.11.

Montag, 20. November: Jahreshauptversammlung der CDU Rehden, Zeit und Ort folgen

Mittwoch, 22. November, 19.00 Uhr: Mitgliederversammlung der CDU Twistringen, Ort folgt

Donnerstag, 23. November, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung der CDU Weyhe, mit Vorstandswahlen, Ort folgt

Donnerstag, 7. Dezember, 19.00 Uhr: Jahreshauptversammlung der CDU Siedenburg, mit Vorstandswahlen, Ort folgt

Sonntag, 10. Dezember, 14.00 Uhr: Adventsdoppelkopf der CDU Siedenburg, Ort folgt

Unternehmen, Netzwerke und Institutionen können sich noch bis zum 31. Oktober für den **Deutschen Fachkräftepreis** bewerben. Prämiert werden funktionierende kreative und nachhaltige Ideen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung. Mehr: www.bmas.de/DE/Arbeit/Fachkraeftesicherung/Deutscher-Fachkraeftepreis/deutscher-fachkraeftepreis.html

Ich freue mich, dass ich erneut in das **Kuratorium von CARE Deutschland** berufen wurde. Seit 2014 engagiere mich ehrenamtlich für die gemeinnützige Organisation (bekannt durch die sogenannten CARE-Pakete). Gerne werde ich mich drei weitere Jahre für deren gute Arbeit einsetzen.

Beste Grüße

